

## **M-1-171**

AntragstellerInnen: Martin Metz u.a.

Gegenstand: M-1 GRÜN macht mobil (Mobilität)

### **Änderungsantrag M-1-171**

- 1 Der Satz
- 2 "Eine kommunale Nahverkehrsabgabe soll künftig möglich sein."
- 3 wird ersetzt durch:
- 4 "Die Möglichkeit zur Einführung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe soll vor dem Hin-
- 5 tergrund verkehrspolitischer und kommunalrechtlicher Rahmenbedingungen weiter disku-
- 6 tiert werden. Die Schaffung von landesweit bzw. regional einheitlichen Rahmenbedingun-
- 7 gen wird angestrebt."

### **Begründung**

Das Konzept der Nahverkehrsabgabe ist noch nicht ausgereift. Eine rein kommunale Regelung könnte Ungerechtigkeiten begründen (z.B. Einwohner eines Zentrums gegenüber Einpendlern und Gelegenheitsnutzern) sowie deutlich mehr Bürokratie schaffen. Ungelöst wäre weiterhin die genaue Aufgabenverteilung in Landkreisen. Schlussendlich ist fraglich, ob bzw. wie weit eine Nahverkehrsabgabe die Nutzerfinanzierung von ÖPNV ersetzen soll, schließlich verbraucht Mobilität immer Energie und sollte daher möglichst nicht über eine sowieso erhobene Abgabe „kostengünstig“ zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin ist zu untersuchen, ob sich die Möglichkeit (!) zur Erhebung einer Abgabe vor dem Hintergrund der kommunalen Haushaltsprobleme, Haushaltssicherungskonzepten und Nothaushalten nicht kommunalrechtlich zu einer Pflicht (!) entwickeln könnte.

### **AntragstellerInnen**

Martin Metz (KV Rhein-Sieg), Tom Wagener (KV Wesel), Andreas Falkowski (KV Bonn), Siegbert Künzel (KV Hamm), Ute Sickelmann (KV Kleve), Manfred Monreal (KV Rhein-Sieg), Peer Groß (KV Rhein-Sieg), Alfred Nonnen (KV Rhein-Sieg)